

## Protokoll

Gremium: Sozialausschuss

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 16.02.2023  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 17:56 Uhr  
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

### Anwesend:

#### Mitglieder

Frau Claudia Beeken  
Herr Hartmut Bruns  
Frau Maria Bruns  
Frau Merle Heßler  
Herr Axel Hohnholz bis 17:40 Uhr  
Herr Heino Hots  
Herr Rüdiger Kramer Vertretung für KA Sager-Gertje  
Frau Beate Logemann  
Herr Frank Lukoschus Vertretung für KA Hoormann  
Herr Hermann Nee Vertretung für KA Bakenhus  
Herr Jochen Osmers Vertretung für KA Warnken  
Frau Birgit Rowold  
Frau Irmgard Stolle  
Herr Stefan Töpfel Vertretung für KA Erhardt  
Frau Ute Treber

#### von der Verwaltung

Frau Landrätin Karin Harms  
Herr Kreisrat Ingo Rabe  
Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Klein-  
schmidt  
Herr Kreisverwaltungsrat Torsten Niebisch  
Herr Kreisverwaltungsoberrat Günter Siebels  
Frau Kreisamtsrätin Irmtraud Tepe  
Frau Sonia Zimmermann, Gesundheitsamt Vertretung für Dr. Vogelsang

#### Protokollführerin

Frau Annemarie Schröder

#### beratendes Mitglied

Frau Sabine Gräper  
Herr Heiko Ockenga  
Frau Anna Pfeiffer

### Abwesend:

Herr Dirk Bakenhus  
Herr Hergen Erhardt  
Herr Jannes Hoormann  
Frau Monika Sager-Gertje  
Herr Klaus Warnken

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3** Feststellung der Tagesordnung
- 4** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 09.11.2022
- 5** Einwohnerfragestunde
- 6** Bericht des Jobcenters Ammerland  
Vorlage: MV/007/2023
- 7** Förderung des Vereins pro:connect e.V. für das Jahr 2023  
Vorlage: BV/013/2023
- 8** Einrichtung eines regionalen Härtefallfonds für Personen, die von Strom- oder Gassperren bedroht sind  
Vorlage: BV/014/2023
- 9** Bericht zur Gemeinschaftsunterkunft "Dorf Edeweicht"  
Vorlage: MV/009/2023
- 10** Erlass einer Satzung über die Nutzung und Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie von geduldeten und anerkannten Flüchtlingen in Unterkünften des Landkreises Ammerland  
Vorlage: BV/015/2023
- 11** Bericht zur Wohngeldreform  
Vorlage: MV/008/2023
- 12** Integrationsbericht 2022/2023 - Migrationsentwicklung im Landkreis Ammerland  
Vorlage: MV/006/2023
- 13** Mitteilungen der Landrätin
- 14** Anfragen und Hinweise
- 15** Einwohnerfragestunde
- 16** Schließung der öffentlichen Sitzung

## **Öffentlicher Teil**

### **Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzende Logemann eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Sozialausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgezeichnet und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

### **Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vors. Logemann stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

### **Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 09.11.2022**

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

### **Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

### **Zu TOP 6 Bericht des Jobcenters Ammerland Vorlage: MV/007/2023**

KVOR Siebels trägt den Bericht des Jobcenters anhand der den Vorlagen beigefügten Power-Point-Präsentation vor. Er geht dabei insbesondere auf die Arbeitslosenzahlen und die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ein, bei der eine positive Entwicklung zu erkennen sei. Im Weiteren trägt er zur Entwicklung der geringfügig Beschäftigten, erwerbstätigen ELB und erwerbstätigen Leistungsberechtigten vor.

KVOR Siebels berichtet im weiteren Verlauf anhand der Power-Point-Präsentation über das neu eingeführte Bürgergeld und erläutert, was das Bürgergeld bewirken solle. Er informiert ausführlich über die Auswirkungen, der Einführung des Bürgergeldes und die Abarbeitung im Jobcenter.

Zwischenfragen von KA Stolle, KA Lukoschus und Vors. Logemann werden von KVOR Siebels beantwortet.

Vors. Logemann dankt KVOR Siebels für den ausführlichen Bericht und stellt diesen zur Aussprache.

KA Herr Bruns merkt an, dass durch den Bericht deutlich geworden sei, dass man von Bürokratieabbau weit entfernt sei.

KVOR Siebels bestätigt, dass die Einführung des Bürgergeldes zu einer deutlichen Mehrarbeit im Jobcenter geführt habe. Einzige Entlastung seien Bagatellfälle bis 50,00 €. Ausschlaggebend für die Mehrarbeit sei u. a. die Energiekrise, die zu deutlich mehr Anträgen führe. Die weitere Entwicklung müsse abgewartet werden.

KR Rabe ergänzt, dass davon auszugehen sei, dass die digitale Antragstellung eine Entlastung bei den Gemeinden bringen werde.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 7 Förderung des Vereins pro:connect e.V. für das Jahr 2023**  
**Vorlage: BV/013/2023**

KVOR Siebels trägt kurz den Sachverhalt vor. Zu den Projektaufwendungen verweist er auf die in der Vorlage dargestellte Tabelle. Er weist darauf hin, dass die Investition in den Verein pro:connect und deren Projekte lohnenswert sei und es sich um gut investiertes Geld handle.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Verein „pro:connect“ wird für das Jahr 2023 mit einem Sachkostenzuschuss i. H. v. 8.750 € gefördert. Haushaltsmittel sind im Produktbereich 31.2 eingeplant.

**Zu TOP 8 Einrichtung eines regionalen Härtefallfonds für Personen, die von Strom- oder Gassperren bedroht sind**  
**Vorlage: BV/014/2023**

KR Rabe trägt den Sachverhalt vor. Er führt aus, dass im letzten Jahr die Entwicklung der Energiekrise nicht absehbar gewesen und die Einrichtung eines Härtefallfonds in Erwägung gezogen worden sei. Im Laufe der Zeit habe sich die aktuelle Lage aufgrund verschiedener bundespolitischer Maßnahmen entspannt. Der Landkreis habe die vorgesehenen Haushaltsmittel daher um 90 % gekürzt, denn es gebe nur noch sehr wenige Fallzahlen, die einen Anspruch aus den Mitteln des Härtefallfonds begründen könnten. Die Verwaltung schlage deshalb vor, die Kooperationsvereinbarung mit dem Land einzugehen. Er weist darauf hin, dass der Energieversorger betroffene Haushalte melden müsse. Vom Landkreis Ammerland würden 50.000,00 € zur Verfügung gestellt. Der jeweils gleiche Betrag wurde vom Land und den Energieversorgern beigesteuert.

KA Stolle erinnert daran, dass die SPD-Fraktion den Antrag zu einer Zeit gestellt habe, als die Energiekrise zu großen Unsicherheiten geführt habe. Aufgrund der Entspannung der Lage könne die SPD-Fraktion sich dem Verwaltungsvorschlag uneingeschränkt anschließen. Die meisten Betroffenen seien über SGB II, SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz abgesichert. Dennoch könne es Ausnahmefälle geben, für die man dann auf den Härtefallfonds zurückgreifen könne.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen regionalen Härtefallfonds entsprechend der vorliegenden Verwaltungsvereinbarung des Landes Niedersachsen einzurichten und hierfür die entsprechende Verwaltungsvereinbarung (Mustervereinbarung) mit dem Land abzuschließen.

Hierfür werden 50.000 € als außerplanmäßige Aufwendungen bereitgestellt. Die Deckung erfolgt über das eing geplante Sozialbudget.

**Zu TOP 9 Bericht zur Gemeinschaftsunterkunft "Dorf Edewecht"  
Vorlage: MV/009/2023**

KR Rabe führt aus, dass die Flüchtlingszuweisungen des Landes aufgrund eines Erlasses vorerst ausgesetzt seien. Das Land habe bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge eine Überquote zu verzeichnen, die erst abgebaut werden müsse. Des Weiteren habe sich das Fluchtgeschehen deutlich reduziert. Das "Dorf Edewecht" solle für die Aufnahme von 500 ukrainischen Flüchtlingen errichtet werden. Die ersten Vorbereitungen seien bereits durchgeführt und erste Container bereits aufgestellt. Der Erlass sei für den Landkreis Ammerland rechtzeitig vor dem Abschluss eines Betreibervertrages und eines Vertrages mit einem Sicherheitsdienst eingegangen, sodass dafür keine Kosten entstehen werden. Aufgrund des Erlasses werde die Inbetriebnahme des „Dorf Edewecht“ vorerst nicht erfolgen. Das Dorf werde sicherheitstechnisch ausgestattet und bis auf Weiteres in den „Stand by“ Modus versetzt.

KAR Tepe berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) über die Entwicklung des „Dorf Edewecht“. Anhand eines Lageplanes erläutert sie die Zufahrtssituation und die geplante Ausrichtung der Container. Sie führt weiter aus, dass das Dorf sicherheitstechnisch mit einem Zaun und Video-Kameras gesichert werde. Anhand von Bildern aus einem Containerdorf in Varel und den bereits aufgestellten Containern in Edewecht stellt sie die Ausstattung der Container vor.

LR'in Harms teilt ergänzend mit, dass die Johanniter-Unfallhilfe als Betreiber verpflichtet werden sollte. Aufgrund des Erlasses sei der Vertrag nicht abgeschlossen worden. Die JUH habe sich verständnisvoll gezeigt. Der Vertrag mit dem Sicherheitsdienst sei ebenfalls noch nicht abgeschlossen worden. Insofern würden dem Landkreis vorerst keine Betreiberkosten und Kosten für den Sicherheitsdienst entstehen. Investiert worden sei für die Vorarbeiten und für die angekauften Container. Ob die entstandenen Kosten von Land oder Bund erstattet werden, stehe noch nicht fest. Die kommunalen Spitzenverbände würden sich für die Erstattung der Kosten einsetzen.

KR Rabe geht auf die von KAR Tepe angesprochenen Kosten pro Einwohner im „Dorf Edewecht“ ein. Das Problem einer Berechnung sei, dass nicht bekannt sei, wie stark die Einrichtung später im laufenden Betrieb ausgelastet sei. Bei Eröffnung des Betriebes würden 90 % der Kosten als Fixkosten ausgelöst. Dadurch würden die Kosten für den einzelnen Bewohner hoch ausfallen. Bei Beginn der Nutzung des „Dorf Edewecht“ müsse perspektivisch eine Auslastung feststehen. Zur Finanzierung habe das Land bisher keine Antworten. Es solle nach Möglichkeit vermieden werden, dass Leerstände mit Pauschalbeträgen abgegolten werden. Vorteilhafter seien Spitzabrechnungen, die aber sehr aufwändig seien.

KA Lukoschus dankt für den ausführlichen Bericht. Erfreulich sei die Vorbereitung des „Dorf Edewecht“ und die vorzubereitenden Maßnahmen für die Betreuung der Flüchtlinge von der Verwaltung. Alles sei gut durchdacht. Grundsätzlich halte er von Sammelunterkünften nicht viel. Dennoch bleibe keine andere Möglichkeit, um so viele Flüchtlinge unterbringen zu können.

KA Beeken dankt der Verwaltung für den ausführlichen Bericht. Sie geht auf den Betreibervertrag mit der JUH ein, der aufgrund des Erlasses nicht abgeschlossen worden sei und fragt nach, ob es keine erneute Ausschreibung geben wird.

LR'in Harms antwortet, dass die Bindungsfrist mit der JUH verlängert worden sei. Ob eine erneute Ausschreibung erfolgen müsse hänge davon ab, wie lange der Zeitraum bis zur Wiederaufnahme von Flüchtlingen dauern werde.

KR Rabe ergänzt, dass zurzeit eine Überprüfung durchgeführt werde, ob ein Vertrag unterschrieben werden könne, der mit einer Klausel versehen sei, die eine Umsetzung zu einem späteren Zeitraum erlaube.

KA Töpfel führt aus, dass es erfreulich sei, dass nicht so viele Flüchtlinge aus der Ukraine flüchten, wie anfangs angenommen wurde. Erfreulich sei weiter, dass der Landkreis einen Ort geschaffen habe, in dem viele Schutzsuchende untergebracht werden können. Lobenswert sei, dass die Gemeinde Edewecht sich für das „Dorf Edewecht“ engagiere und Flächen zur Verfügung stelle. Die Verzögerung der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine gebe den Edewechter Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich weitergehend mit der Sachlage auseinanderzusetzen. Er fragt nach, in welcher Höhe Unterhaltskosten entstehen werden, wenn das „Dorf Edewecht“ nicht in Betrieb gehe.

KR Rabe antwortet, dass verschiedene Unterhaltskosten anfallen werden. Auf jeden Fall werden Kosten für die Wasserverbräuche entstehen. Wasser müsse laufen gelassen werden, um Legionellen vorzubeugen. Sicherheitstechnisch werde zurzeit ein Konzept gemeinsam mit der Polizei entwickelt. Sollte es zu Vandalismus kommen, werde man einen Sicherheitsdienst mit der Überwachung beauftragen müssen, der dann Kosten verursachen werde.

KA Herr Bruns hält die Sachlage für ärgerlich und die weitere Entwicklung für unbefriedigend. Er geht im Weiteren auf die Containersituation ein, die ihn überrascht habe. Er fragt nach der geplanten Nutzung der Küchen, die er für problematisch halte.

KAR Tepe erläutert, dass die Flüchtlinge sich selber versorgen werden. Für eine Containereinheit seien 60 Personen geplant, die in Etappen eine Küche benutzen werden. Von einer Versorgung durch einen Caterer solle abgesehen werden.

KA Herr Bruns fragt nach der Übernahme bzw. Erstattung der Kosten durch das Land.

KR Rabe antwortet, dass der Landkreis keine Lösung schaffen könne. Die Grundsatzentscheidungen würden auf Landesebene getroffen. Die Entwicklung müsse abgewartet werden.

KA Frau Bruns hält das „Dorf Edewecht“ nicht für die optimale Lösung, aber für besser als Sammelunterkünfte. Ideal wäre ein Kriegsende und man könne das ganze „Dorf Edewecht“ wieder abbauen. Die Kostenverteilung nur auf die Kommunen hält sie für nicht gerecht. Sie dankt der Gemeinde Edewecht für die Bereitstellung des Grundstückes und ihr Engagement bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Der Landkreis sei für die Aufnahme von Flüchtlingen gut vorbereitet. Sie bittet die Verwaltung und alle politisch Engagierten dafür zu sorgen, dass die Kommunen nicht alle Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen tragen müssen.

LR'in Harms weist darauf hin, dass der Landkreis nach wie vor gemeinsam mit der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern der kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede das Projekt durchführen und eine geschlossene Einheit bilden. Die Bürgermeisterin und die Bürgermeister hätten auf Nachfrage mitgeteilt, dass Asylsuchende aus anderen Ländern aktuell noch dezentral in den Gemeinden/der Stadt untergebracht werden können.

KA Kramer schließt sich im Grundsatz den Ausführungen der Vorredner an. Man sei mit dem „Dorf Edewecht“ auf einem guten Weg. Man habe Glück gehabt, dass der Erlass vor der Vertragsunterzeichnung mit der JUH und dem Sicherheitsdienst erlassen worden sei. Damit habe viel Geld eingespart werden können. Man habe bereits viel Geld für den Aufbau des „Dorf Edewecht“ investiert, mit dem man aber eine Unterkunft geschaffen habe, die kurzfristig für die Aufnahme von Flüchtlingen aktiviert werden könne. Die Leistung der Kreisverwaltung sei anerkennenswert. Lobenswert sei dabei, dass alle Edewechter Bürgerinnen und Bürger über die Planungen und Vorbereitungen informiert und einbezogen worden seien.

Herr Ockenga fragt nach, ob der Einsatz von vier Sozialpädagogen bei einer Vollausslastung von 500 Flüchtlingen ausreichend sei. Er fragt nach, ob es Erfahrungen gebe, wie traumatisiert die Flüchtlinge seien, inwieweit die Johanniter in der Lage seien, damit umzugehen und ob die Kirche für die Betreuung mit eingebunden werde.

KR Rabe führt aus, dass der Einsatz von vier Sozialarbeitern für ausreichend angesehen werde. Für sehr stark traumatisierte und auf mehr Unterstützung angewiesene Flüchtlinge solle im Einzelfall zusätzliche Hilfe organisiert werden. Des Weiteren werde im „Dorf Edewecht“ ein kleiner medizinischer Stützpunkt eingerichtet. Wichtig sei, dass die ukrainischen Flüchtlinge zusammen seien und sich gegenseitig austau-

schen und gegebenenfalls helfen können. Die Gemeinschaft werde einen hohen Wert haben. Die Situation werde beobachtet.

KA Rowold berichtet aus ihren Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit der psychosozialen Betreuung bei den Johannitern in den Jahren von 2015 bis 2018. Sie sei dabei in Notunterkünften, Aufnahmestationen etc. tätig gewesen. Wichtig sei bei der Betreuung der Flüchtlinge auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu denken, die mit den Situationen umgehen müssen. Sie habe seinerzeit Seminare angeboten, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sicherheit im Umgang mit traumatisierten Menschen vermitteln zu können. Positiv beurteilt sie die geplante Unterstützung durch Sozialpädagogen.

KR Rabe weist darauf hin, dass speziell Personen gesucht werden, die ukrainisch oder russisch sprechen.

**Zu TOP 10 Erlass einer Satzung über die Nutzung und Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie von geduldeten und anerkannten Flüchtlingen in Unterkünften des Landkreises Ammerland  
Vorlage: BV/015/2023**

KVOR Siebels trägt kurz den Sachverhalt vor und bittet um Zustimmung, damit die Satzung auf den Weg gebracht werden könne.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Nutzung und Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie von geduldeten und anerkannten Flüchtlingen in Unterkünften des Landkreises Ammerland wird beschlossen. Sie tritt mit Wirkung zum 01.03.2023 in Kraft. Die Landrätin wird ermächtigt, die Satzung zu unterzeichnen und evtl. notwendige redaktionelle Anpassungen vorzunehmen.

**Zu TOP 11 Bericht zur Wohngeldreform  
Vorlage: MV/008/2023**

KAR Tepe berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) ausführlich über die Wohngeldreform. Fragen der Ausschussmitglieder werden im Laufe der Berichterstattung beantwortet.

In der sich anschließenden Aussprache werden weitere Fragen ausführlich von KAR Tepe und KR Rabe beantwortet.

KR Rabe fasst abschließend zusammen, dass die Bearbeitung der Anträge eine große Herausforderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialamt bedeute. Jeder Antrag müsse bearbeitet werden, auch wenn von vornherein klar sei, dass aufgrund von hohem Einkommen kein Wohngeld gezahlt werde. Jede Person könne einen Antrag stellen, obwohl Obergrenzen ausgewiesen seien. Im Internet gebe es

ausführliche Information sowie einen Wohngeldrechner. Ein weiteres Problem seien ältere Menschen, die für Informationen beim Sozialamt anrufen würden. Das bedeute zusätzliche Belastungen und Zeitaufwand für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **Zu TOP 12 Integrationsbericht 2022/2023 - Migrationsentwicklung im Landkreis Ammerland**

**Vorlage: MV/006/2023**

Amtsleiterin der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe Kleinschmidt informiert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3) über den Integrationsbericht, der alle zwei Jahre neu aufgelegt werde. Sie geht insbesondere auf die Entwicklung der Migrationszahlen im Landkreis Ammerland ein. Des Weiteren berichtet sie ausführlich über die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge. Sie weist darauf hin, dass seit 2022 ukrainische Leistungsbezieher nach dem SGB II bezahlt werden. Im Weiteren geht sie auf Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in Kindertagesstätten und in der Tagespflege in Niedersachsen ein. Abschließend geht sie auf die Statistik über ältere Ausländerinnen und Ausländer ab 65 Jahre nach Herkunftsländern ein.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **Zu TOP 13 Mitteilungen der Landrätin**

- a) Amtsleiterin der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe Kleinschmidt weist auf die als neue Auflage ausgelegte Broschüre „Betreutes Wohnen im Alter“ hin. Die Broschüre könne als digitale Ausführung im Internet abgerufen werden oder sei als Druckversion in der Koordinierungsstelle für Migration und Demografie zu erhalten.
- b) KAR Tepe teilt zum Wohnraumversorgungskonzept, dass für den Landkreis Ammerland vor ca. vier Jahren erstellt worden sei, dass sich die Kosten für die Fortschreibung des Konzeptes auf ca. 17.000,00 € bis 20.000,00 € belaufen werden.
- c) KVR Niebisch weist darauf hin, dass das Sozialamt bis zum 31.10.2023 einen örtlichen Pflegebericht erstellen müsse. Seit letztem Jahr sei die Erstellung des Pflegeberichtes eine Pflichtaufgabe. Der Pflegebericht des Landkreises Ammerland werde nach Fertigstellung dem Sozialausschuss vorgestellt.
- d) LR'in Harms teilt mit, dass sie zum ersten Mal als Mitglied am Gesundheitsausschuss des NLT in Hannover teilgenommen habe. Während der Sitzung habe sich u. a. der neue Sozialminister, Dr. Andreas Philippi, vorgestellt, der in seiner Laufbahn bereits als stellvertretender Landrat tätig gewesen sei, damit kommunale Erfahrung und Verständnis für die kommunale Ebene habe.

**Zu TOP 14 Anfragen und Hinweise**

Keine Anfragen und Hinweise.

**Zu TOP 15 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

**Zu TOP 16 Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vors. Logemann schließt die öffentliche Sitzung.